

Rauchverbot in Frankreich: Kinder schützen oder Freiheit einschränken?

Frankreich führt ab 1. Juli 2023 ein Rauchverbot in öffentlichen Bereichen ein, um Kinder zu schützen. Deutsche Politiker fordern ähnliches.



Frankreich - Ab dem 1. Juli 2023 wird in Frankreich ein umfassendes Rauchverbot in öffentlichen Bereichen eingeführt, das Strände, Parks, Gärten, Schulen, Bushaltestellen und Sportanlagen umfasst. Gesundheitsministerin Catherine Vautrin erklärte, dass dieses Verbot zum Schutz von Kindern ins Leben gerufen wird. Die Maßnahme soll eine die Schwächsten unter uns unterstützen und die Lebensqualität im öffentlichen Raum erhöhen. Laut **exxpress.at** ist diese Initiative Teil einer breiteren Strategie, um die Gesundheitsrisiken des Passivrauchens zu bekämpfen.

Politiker der Grünen und der Regierungspartei SPD in Deutschland erblicken in dem französischen Vorstoß ein

mögliches Vorbild für eigene Regelungen in Deutschland. Dagmar Schmidt, die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, betont die Gefahren des Passivrauchens für Kinder in öffentlichen Räumen und bezeichnet das neue französische Gesetz als mutigen Schritt.

Unterstützung für ein ähnliches Gesetz in Deutschland

Schmidt argumentiert, dass ein Rauchverbot die Luftqualität signifikant verbessern und Suchterkrankungen schon im Kindesalter vorbeugen könnte. Ihrer Einschätzung nach wäre dies eine sinnvolle Maßnahme, um die Gesundheit der Bevölkerung zu fördern. Auch Janosch Dahmen, gesundheitspolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, plädiert für ähnliche Regelungen in Deutschland. Er stellt fest, dass Kinder in rauchfreien Umgebungen leben sollten und verweist auf die höheren Tabaksteuern und Verkaufsverbote in Frankreich.

Dahmen hebt zudem die hohen Kosten für Krankenkassen hervor, die durch rauchbedingte Krankheiten in Deutschland entstehen, und fordert deshalb einen verstärkten Schutz für Kinder.

Internationale Perspektive und der Einfluss der Tabakindustrie

Der neue französische Gesetzesentwurf steht im Kontext eines globalen Trends zur Eindämmung des Tabakgebrauchs. So wurde das Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (FCTC) am 21. Mai 2003 verabschiedet. Artikel 5 Absatz 3 des FCTC besagt, dass gesundheitspolitische Maßnahmen zum Tabakgebrauch vor den Interessen der Tabakindustrie geschützt werden müssen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, die öffentliche Gesundheit über wirtschaftliche Interessen zu stellen. Weiterführende Informationen zu den

Gesundheitsrisiken des Rauchens und entsprechenden Maßnahmen liegen auf der Webseite des **Bundesgesundheitsministeriums** vor.

In diesem Zusammenhang fanden in den letzten Jahren zahlreiche Gespräche zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und Vertretern der Tabakwirtschaft statt. Diese Dokumentationen zeigen die Herausforderungen, denen sich die Politik beim Erreichen eines erfolgreichen Tabakverbots gegenüber sieht.

Details	
Vorfall	Gesundheitskrise
Ort	Frankreich
Quellen	• exxpress.at • www.spiegel.de • www.bundesgesundheitsministerium.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at